



Inhalt

Öffentlicher Dienst von Bund und Kommunen

[Einkommensrunde: Erneut Warnstreiks und Kundgebungen in vielen Regionen](#)

dbb frauen

[Gleichstellungsindex: Anteil von Frauen in Führung wächst zu langsam](#)

dbb jugend

[Fandrejewski: Alle Fachkräftepotenziale für den öffentlichen Dienst nutzen](#)

dbb senioren

[Flächendeckendes Beratungsangebot zur Altenhilfe gefordert](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Saarland

[Starker und moderner öffentlicher Dienst gefordert](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE) / Verband Deutscher Realschullehrer (VDR)

[Bildungsgipfel: Viele Fragezeichen bleiben](#)

Deutscher Philologenverband (DPPhV)

[Höhere Vergleichbarkeit und mehr Bildungsgerechtigkeit beim Abitur](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Amoktat in Hamburg: Training für Einsatzkräfte ausbauen](#)

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

[Vorgehen gegen mafiöse Strukturen bei Schwarzarbeit gefordert](#)

Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM)

[Scharfe Kritik am Tarifabschluss bei der Deutschen Post](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Öffentlicher Dienst von Bund und Kommunen Einkommensrunde: Erneut Warnstreiks und Kundgebungen in vielen Regionen

Mit Blick auf die dritte Runde der Verhandlungen über den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD), die vom 27. und 29. März 2023 in Potsdam stattfindet, haben die betroffenen Beschäftigten mit Warnstreiks und weiteren Protestaktionen den Druck auf die Arbeitgebenden weiter erhöht.

Beschäftigte der Bundesagentur für Arbeit (BA) haben am 13. März in Stuttgart einen ganztägigen Warnstreik und eine Kundgebung für höhere Einkommen durchgeführt. Unterstützt wurde die Demonstration vor der BA in Stuttgart von weiteren Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes. Die Einkommensrunde bei Bund und Kommunen hat bereits Ende Januar begonnen. „Seither haben wir in zwei Verhandlungsrunden keine Fortschritte erzielt, weil Bundesinnenministerin Nancy Faeser und die Präsidentin der kommunalen Arbeitgeber Karin Welge einfach keine substanziellen Lösungsvorschläge auf den Tisch legen“, erklärte dbb Tarifchef Volker Geyer bei der Demo. „Die Inflation ist weiterhin hoch, deshalb ist die Forderung nach 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro höheren Einkommen absolut gerechtfertigt.“

Der Bundesvorsitzende der vbba - Gewerkschaft Arbeit und Soziales, Waldemar Dombrowski, wies auf die enorme Arbeitsbelastung bei der BA hin: „Unsere Kolleginnen und Kollegen werden mit ständig neuen und sehr herausfordernden Aufgaben konfrontiert. So muss beispielsweise die Umstellung auf das Bürgergeld im laufenden Betrieb gestemmt werden. Gleichzeitig wird aber viel zu wenig in das Personal investiert. Das passt nicht zusammen. Wir brauchen echte Wertschätzung für diese wichtige Arbeit – sonst werden Arbeitsagenturen und Jobcenter kein neues Personal gewinnen und darüber hinaus die vorhandenen Kolleginnen und Kollegen verprellen.“

Kai Rosenberger, der Vorsitzende des BBW - Beamtenbund Tarifunion, wies auf die weitergehende Bedeutung eines ordentlichen Tarifabschlusses hin: „Klar ist, dass die Tarifverhandlungen nur der erste Schritt zu mehr Gerechtigkeit sein können. In einem zweiten

Schritt müssen die Ergebnisse dann ohne Abstriche auf die Besoldung und Versorgung des Bundes übertragen werden. Gleichzeitig ist diese Einkommensrunde bei Bund und Kommunen auch ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur Einkommensrunde der Länder, die im Herbst beginnt. Politik muss den öffentlichen Dienst endlich wieder auf allen Ebenen wertschätzen, sonst fährt die Daseinsfürsorge vor die Wand.“

Am 16. März trugen auch in Freiburg die Beschäftigte von Bund und Kommunen ihren Protest auf die Straße. „Die Arbeitgeberseite muss sich jetzt endlich bewegen“, bekräftigte Volker Geyer hier bei der zentralen Protestkundgebung. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes hätten Deutschland in den vergangenen fast drei Jahren „vorbildlich, mit höchstem Engagement und sehr erfolgreich“ durch die Dauerkrisen geführt. „Jetzt ist es an der Zeit, dass die Kolleginnen und Kollegen dafür eine ordentliche und faire Lohnerhöhung erhalten. Weitere Mogelpackungen und Nebelkerzen werden wir nicht akzeptieren!“

Kai Rosenberger unterstrich: „Wer krisenresilient werden will, muss dafür zu allererst in die wichtigste Ressource investieren - in die Beschäftigten. Gleich, ob Tarifpersonal oder Beamtinnen und Beamte: Nur eine konkurrenzfähige Vergütung, moderne Strukturen und zeitgemäße Arbeitsbedingungen können dafür sorgen, genügend Fach- und Nachwuchskräfte in den öffentlichen Dienst zu holen. Und davon fehlen uns aktuell mindestens 360 000.“

Für die Zeit bis zur dritten Verhandlungsrunde sind weitere Aktionen angekündigt. Alle Informationen dazu gibt es unter www.dbb.de/einkommensrunde.

dbb frauen

Gleichstellungsindex: Anteil von Frauen in Führung wächst zu langsam**Der Anteil von Frauen in Führung in der Bundesverwaltung ist zuletzt gewachsen. Das Ziel von gleichberechtigter Teilhabe bis Ende 2025 ist dennoch in Gefahr, warnen die dbb frauen.**

In den obersten Bundesbehörden lag der Anteil von Frauen in Führungsverantwortung laut Gleichstellungsindex 2022 bei 41 Prozent. Das ist ein Anstieg um zwei Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr. „Natürlich begrüßen wir den prozentualen Zuwachs bei den Frauen in Führungspositionen. Aber zwei Prozent sind nun mal nicht genug, wenn wir bis Ende 2025 die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Bundesverwaltung garantieren wollen. Und das ist nach wie vor das erklärte Ziel“, sagte die Vorsitzende der dbb frauen und stellvertretende dbb Vorsitzende Milanie Kreuzt am 13. März 2023.

Nur zehn Prozent der Beschäftigten im höheren Dienst mit Vorgesetzten- und Leitungsfunktionen führen in Teilzeit, 73 Prozent davon sind Frauen. „Jetzt gilt es, hier Tempo zu machen. Durch unser gemeinsames Modellprojekt zum Thema ‚Führen in Teilzeit‘ werden wir dbb frauen und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mehr Aufmerksamkeit für flexible Arbeitszeitmodelle für Führungskräfte generieren und praktische Wege aufzeigen, um die Vereinbarkeit von Familie und Führungspositionen zu verbessern. Wenn wir jetzt nicht handeln, werden wir unsere Ziel-

vorgaben verfehlen. Wir brauchen diese gemeinsamen Kraftanstrengungen dringend“, so Kreuzt.

Die Chefin der dbb frauen mahnte angesichts der Ergebnisse des Gleichstellungsindex erneut ganz grundsätzlich mehr Bemühungen für echte Chancengleichheit an: „Der Weltfrauentag 2023 ist vorbei – zumindest der offizielle. Denn wenn ich eines bei meiner Teilnahme an der 67. UN-Frauenrechtskommission in New York gelernt habe, dann das: Solange Frauen weltweit um Freiheit, Selbstbestimmung und Gleichberechtigung kämpfen müssen, solange ist jeder Tag ein Kampftag für uns Frauen. Deshalb wollen wir zum Frauentag keine Blumen oder Pralinen geschenkt bekommen. Wir wollen Gleichstellung. Es geht uns um echte Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit – und zwar auch bei Führungspositionen.“

Hintergrund

Der Gleichstellungsindex wird im Auftrag des Bundesgleichstellungsministeriums vom Statistischen Bundesamt erstellt und ist Teil des Gesetzepaketes zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst. Die aktuelle Fassung gibt es auf [destatis.de](https://www.destatis.de).

dbb jugend

Fandrejewski: Alle Fachkräftepotenziale für den öffentlichen Dienst nutzen**Nahezu alle Branchen suchen händeringend Beschäftigte. Der öffentliche Dienst nutzt aber immer noch nicht alle Potenziale, um Fachkräfte zu gewinnen, mahnt die dbb jugend.**

„Beispielsweise haben wir im öffentlichen Dienst bei der Inklusion schon viel erreicht. Aber da geht noch deutlich mehr. So mangelt es in vielen Berufsschulen an inklusiven Klassen, damit mehr Menschen mit Behinderungen ihre Ausbildung abschließen können. Das ist eine Sache für die Chancengerechtigkeit für alle Menschen. Und das ist nebenbei natürlich auch ein Faktor bei der Fachkräftegewinnung“, sagte der dbb jugend Vorsitzende Matthäus Fandrejewski am 13. März 2023 im Gespräch mit Takis Mehmet Ali, dem Beauftragten der SPD-Bundestagsfraktion für die Belange von Menschen mit Behinderungen.

Insgesamt sei mehr Diversität im öffentlichen Dienst unabdingbar, betonte Fandrejewski. „Menschen mit Migrationshintergrund sind ein wesentlicher Teil unserer Gesellschaft und im Staatsdienst sollte das bis in die Führungsposition sichtbar sein. Die Anerkennung von Abschlüssen aus dem Ausland sollte zudem deutlich vereinfacht werden. Auch hier müssen noch bestehende Hürden zum Wohle aller Beteiligten abgebaut werden.“

Im Gespräch mit Bernd Rützel, dem Vorsitzenden des Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales, betonte Fandrejewski außerdem die

Notwendigkeit von mehr Flexibilität und Aufstiegschancen im öffentlichen Dienst: „Für die Fachkräftegewinnung braucht es neben finanziellen Anreizen vor allem attraktivere Arbeitsbedingungen. Junge Menschen wollen Arbeit, Familie und Freizeit bestmöglich vereinen. Entwicklungsmöglichkeiten durch Weiterbildung

und eine größere Durchlässigkeit etwa bei den Laufbahnen der Beamtinnen und Beamten sind hier ebenso wichtige Bausteine. Die Privatwirtschaft ist hier oft schon viel weiter, der öffentliche Dienst darf den Anschluss nicht verlieren.“

dbb senioren

Flächendeckendes Beratungsangebot zur Altenhilfe gefordert

Seniorenverbände fordern den Ausbau des Beratungsangebotes für die Altenhilfe. Ältere würden existierende Hilfsangebote zu häufig nicht wahrnehmen – oft aus Unkenntnis.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO), in der auch die dbb bundessenorenvertretung Mitglied ist, hat daher die Kreise und Städte aufgefordert, eine Grundausstattung an Angeboten der offenen Altenarbeit anzubieten. An Bund und Länder appelliert sie, zum Aufbau und zur Qualität der Angebote beizutragen.

Mit der Thematik befasste sich auch die BAGSO Fachkommission „Aktuelle Fragen der Seniorenpolitik“ am 8. März 2023. Dort ging es um das von der BAGSO in Auftrag gegebene Rechtsgutachten zur Auslegung der Altenhilfe nach § 71 SGB XII, das insbesondere die verfassungsrechtlichen Bedingungen, unter denen die im Gesetz beschriebene Altenhilfe zu gewähren ist, beleuchtet. Danach sind kreisfreie Städte und Landkreise verpflichtet, ein Mindestmaß an Beratung und offenen Hilfsangeboten für ältere Menschen zu gewährleisten. Das Gutachten kommt zu dem Schluss, dass die Vorschrift vor allem auf Angebote für Beratung und Unterstützung zielt, weniger auf Geldleistungen.

Bereits Ende Januar hatte Horst Günther Klitzing, der Vorsitzende der Bundessenorenvertretung, in einem Gespräch zu Pflegefragen gegenüber der Bundespflegebeauftragte Claudia Moll betont, dass aus Unkenntnis schätzungsweise 30 Prozent der Leistungen der Pflegeversicherung nicht in Anspruch genommen würden. Moll meinte, dass es aus ihrer Sicht, um lokale Pflegeformen etablieren zu können, dringend niedrigschwelliger Beratungsangebote Anlaufstellen in kommunalen bedürfe.

Hintergrund:

Die Altenhilfe nach § 71 SGB XII ist in Deutschland eine Leistung der Sozialhilfe. Sie hat das Ziel, altersbedingte Schwierigkeiten wie Vereinsamung, Isolation sowie körperliche oder geistige Schwächen zu kompensieren und bedürftigen alten Menschen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Dabei geht es um Hilfen, die in dieser Form in keinem anderen Leistungssystem behandelt werden. Der § 71 SGB XII existiert seit 2005. Eine ähnlich formulierte Vorgängerbestimmung fand sich in dem bis 2004 geltenden § 75 BGGH.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Saarland

Starker und moderner öffentlicher Dienst gefordert

Ein Ende der Sparpolitik zu Lasten der Beschäftigten und einen starken und modernen öffentlichen Dienst hat der Vorsitzende des dbb saar Ewald Linn gefordert

„Auch nach der Krise darf es eine weitere Sparwelle im gesamten öffentlichen Dienst nicht mehr geben. Dies wäre aus Sicht des

dbb saar weder hinnehmbar noch akzeptabel. Die Beschäftigten und insbesondere die Beam-

ten des Landes haben seit 2010 bereits erhebliche Sparopfer zur Umsetzung der Schuldenbremse erbringen müssen und benötigten deshalb eine klare Perspektive und ein starkes Signal der Wertschätzung, insbesondere auch bei den künftigen Einkommensentwicklungen“, sagte Linn beim außerordentlichen Landesgewerkschaftstag der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG).

Außerdem fordere der dbb von der Landesregierung eine Stärkung der Daseinsvorsorge und Überprüfung eines strukturellen Personalmangels. Dabei sei für wichtige Bereiche wie innere Sicherheit, Justiz, aber auch im Bereich

Bildung eine Mindestpersonalstärke festzulegen. Zudem dürfe es keine Zusatzaufgaben ohne zusätzliches Personal geben. Auch ein Masterplan für Nachwuchs- und Fachkräftegewinnung sei erforderlich, denn 25 Prozent des Personals gingen in den nächsten zehn Jahren in den Ruhestand. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, seien ferner Entgeltanreize für Fachkräfte notwendig. Linn stellt zudem klar: „Die Beamtinnen und Beamten erwarten endlich eine amtsangemessene Alimentation, die der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) und nicht der Haushaltslage des Landes entspricht“.

Verband Bildung und Erziehung (VBE) / Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) **Bildungsgipfel: Viele Fragezeichen bleiben**

Mit dem Bildungsgipfel am 14. März 2023 wollte Bundesbildungsministerin Stark-Watzinger ein Zeichen setzen. Die Einsetzung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe sollte ein Startpunkt für eine bessere Zusammenarbeit von Bund und Ländern sein.

Der VBE Bundesvorsitzende Gerhard Brand zeigte sich am 14. März 2023 skeptisch, ob die Initiative die riesigen bestehenden Herausforderungen werde lösen können. „Die Bundesbildungsministerin Stark-Watzinger hat einen Punkt, wenn sie feststellt, dass das Aufeinander zeigen von Bund und Ländern noch kein Kind klug gemacht habe. Deshalb braucht es alle Akteure, um bestmögliche Ergebnisse zu erwirken. Die Lehrkräfte an der Basis brauchen Lösungen und wollen nicht mehr Zeugen von politischen Eitelkeiten werden. Es braucht ein Zusammenwirken aller Ebenen mit dem Fokus auf beste Bildung für alle Kinder“, betonte Brand. Zentrale Probleme sein der Lehrkräftemangel sowie die enorme Belastung im Beruf: „Die Lehrkraft ist ihr eigenes multiprofessionelles Team. Sie muss fördern, fordern, Pflaster kleben, Klassenreisen organisieren, Traumata auffangen, Aufmerksamkeitsdefiziten begegnen. Alles alleine, – das ist einfach zu viel! Es braucht dringend Entlastungen von allem, was nicht das originäre Aufgabenfeld betrifft. Wir brauchen mehr Professionen in Schule.“

Jürgen Böhm, Vorsitzender des VDR, hatte bereits am 13. März im Vorfeld des Bildungsgipfels dessen Konzept kritisiert: „Niemand weiß aktuell so recht, um was es bei diesem Bildungsgipfel konkret gehen soll. Das Fehlen einer klaren inhaltlichen Linie und das im Vorfeld angekündigte Fernbleiben einiger Bildungsspieler zeigt ein gewisses organisatorisches Durcheinander.“ Die Veranstaltung erwecke daher eher den Eindruck einer inhaltlichen Schnellschussaktion. Bund und Länder müssten sich zunächst über eine klare Kompetenzzuweisung einigen, bevor konkrete Maßnahmen ergriffen werden könnten, so Böhm weiter und ergänzte: „Es ist verwunderlich, dass nicht alle am Bildungsprozess beteiligten Akteure wie Lehrerverbände und Lehrkräfte oder auch die Landespolitik intensiver eingebunden wurden. Außer Frage steht jedenfalls, dass die Qualität der Bildung nicht nach unten abgesenkt werden darf.“

Deutscher Philologenverband (DPPhV)

Höhere Vergleichbarkeit und mehr Bildungsgerechtigkeit beim Abitur

Die Kultusministerkonferenz (KMK) will die „Vereinbarung zur Gestaltung der gymnasialen Oberstufe und der Abiturprüfung“ überarbeiten. Der DPPhV verzeichnet das als Erfolg.

„Wenn sie so beschlossen werden, ist noch nicht alles, aber viel von dem erreicht worden, wofür der Deutsche Philologenverband seit Langem eintritt“, so die DPPhV Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing. Man habe hier nicht nur mehr Vergleichbarkeit auf höherem Niveau bei den Abiturprüfungen selbst gefordert, sondern gerade auch bei den Einbringungsverpflichtungen aus zwei Jahren Gymnasialer Oberstufe, da diese die Abiturnote zu zwei Drittel bestimmen.

Zu den wichtigen Elementen gehört für Lin-Klitzing konkret, dass die Anzahl der „Leistungskurse“ von aktuell bis zu vier auf zwei bis drei in jedem Bundesland beschränkt werden. Sie sollen jeweils vier bis fünf Stunden umfassen. Eine Beschränkung der möglichen Anzahl der Leistungskurse in den Ländern führt zu mehr Vergleichbarkeit.

Außerdem könnten die Schülerinnen und Schüler bisher in dem einen Land 32 Kursbewertungen und in dem anderen Land 40 Kursbewertungen aus der gesamten Gymnasialen Oberstufe für die Berechnung ihrer Abiturnote einbringen. Diese Kursbewertungen würden zwei Drittel der Abiturnote ausmachen. Diese Ungleichheit müsse reduziert werden, es solle eine Einbringungsverpflichtung von mindestens 36 bis zu maximal 40 Kursbewertungen geben. Auch dieses Ziel werde voraussichtlich erreicht.

Der DPPhV sehe aber weiteren Änderungsbedarf. So sollten die „Grundkurse“ Deutsch und Mathematik in der Oberstufe über die vier Halbjahre mit mindestens „Ausreichend“ abgeschlossen werden. Das sei bisher nicht der Fall, denn die KMK erlaube aktuell – und scheinbar auch in Zukunft –, dass alle „Grundkurse“ in Deutsch oder in Mathematik in allen vier Halbjahren mit einer Bewertung unterhalb von Ausreichend, also beispielsweise auch mit nur einem Punkt (= Note 5minus), abgeschlossen werden dürfen. „Das sichert weder Studier- noch Ausbildungsfähigkeit“, so die DPPhV Chefin.

Lin-Klitzing fasste die Entwicklung so zusammen: „Wir sind froh, wenn die Kultusministerkonferenz den Auftrag des Bundesverfassungsgerichts von 2017 nun erfüllt und für mehr Vergleichbarkeit beim Abitur sorgt, damit insbesondere die Studienzulassungen über den Numerus clausus gerechter verteilt werden können. Gleichwohl gibt es noch viel zu tun, um das inhaltliche Niveau des Abiturs nicht nur zu sichern, sondern angesichts der großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, kontinuierlich zu steigern. Daher werden wir auch in den nächsten Jahren weitere Vorschläge für Verbesserungen einbringen, die mehr Vergleichbarkeit auf höherem Niveau des Abiturs befördern sollen, also an höherer Qualität orientiert sind.“

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

Amoktat in Hamburg: Training für Einsatzkräfte ausbauen

Die DPoIG hat nach dem Amoklauf in Hamburg am 9. März 2023 der Opfer gedacht und deren Angehörigen ihr Mitgefühl ausdrückt. Polizeiliche Einsatzkräfte der Bereitschaftspolizei seien schnell am Tatort gewesen und hätten in der komplexen und gefährlichen Lage hochprofessionell gehandelt, teilte die DPoIG außerdem mit.

Der DPoIG Bundesvorsitzender Rainer Wendt sagte: „Der Amoklauf verdeutlicht, hundertprozentige Sicherheit kann es nicht geben, aber es hat sich gezeigt, dass die Kräfte professionell und entschlossen zur Stelle sind, wenn es darum geht, Menschen zu schützen. Dass Spezialkräfte der Bereitschaftspolizei schnell

vor Ort waren, zeigt, wie wichtig und notwendig Investitionen in die Leistungsfähigkeit der Sicherheitskräfte sind.“

In dem Zusammenhang fordere die DPoIG, einen kompletten Tag im Monat ausschließlich

dem Training zur Bewältigung lebensbedrohlicher Lagen für Einsatzkräfte der Polizei vorzusehen. „Bislang passiert dies nicht öfter als einmal im Jahr. Für Einsatztaktische Übungen, Verhaltens- und Schießtrainings müssen erheblich mehr und bessere Trainingsstätten und Fortbildungstrainer zur Verfügung stehen. Solche regelmäßigen, mindestens monatlich stattfindenden Trainings, sollten im Übrigen für alle

Kräfte der Polizei gelten“, erklärte Wendt. „Sehr gut funktioniert hat überdies die Warnung der Bevölkerung über Mobiltelefone im Umkreis des Tatorts. In solch einer unübersichtlichen Lage, bei der man anfänglich nicht weiß, gibt es vielleicht mehrere Täter, kann eine rechtzeitige Warnung der Bürgerinnen und Bürger Schlimmeres verhindern.“

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

Vorgehen gegen mafiöse Strukturen bei Schwarzarbeit gefordert

Wie die Generalzolldirektion bekanntgegeben hat, führt die Finanzkontrolle Schwarzarbeit des Zolls (FKS) am 9. März 2023 im gesamten Bundesgebiet eine verdachtsunabhängige Schwerpunktprüfung gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung durch. Dabei liegt die Einhaltung des gesetzlichen Mindestlohns im Fokus. Der BDZ begrüßt die Aktion zur Aufrechterhaltung des Kontrolldrucks, denn ohne wirksame Kontrolle ist der Mindestlohn nichts wert – warnt aber davor, sich von den Statistiken täuschen zu lassen.

So übt der BDZ seit längerem Kritik an der Haltung des Bundesministeriums der Finanzen (BMF), das den Erfolg in der Bekämpfung illegaler Beschäftigung maßgeblich an der Anzahl durchgeführter Arbeitgeberprüfungen festmacht. Ein Wert von circa 55.000 durchgeführten Prüfungen pro Jahr gilt dabei als Richtwert des Ministeriums. Die starren Vorgaben entsprächen jedoch nicht dem Ansatz „Qualität vor Quantität“ und schränkten den flexiblen Einsatz der ohnehin zu geringen Personalressourcen erheblich ein.

Im Jahr 2022 habe die durch die FKS errechneten Schadenssumme 686,4 Millionen Euro betragen, zudem seien rund 159.400 Ermittlungsverfahren wegen Ordnungswidrigkeiten und Straftaten durchgeführt worden. Die Dunkelziffer des finanziellen Schadens für den Staat liegt nach Einschätzung des BDZ jedoch wesentlich höher, auch da das Problem der Schwarzarbeit zunehme und inzwischen von Formen organisierter Kriminalität geprägt sei. Die Hintermänner bedienten sich dabei Tricks wie Scheinrechnungen und dubiosen Firmengeflechten, deren Aufdeckung mühsame Ermittlungsarbeit voraussetze. Der BDZ fordert

daher bessere technische Ausstattung und eine qualitative Aufwertung der Arbeitsplätze bei der FKS, die nicht nur 1.800 unbesetzte Stellen aufweist, sondern in der nach wie vor zwei Drittel der Beschäftigten dem mittleren und lediglich ein Drittel dem gehobenen Dienst zugeordnet sind. Angesichts der Komplexität der Aufgabe sei das umgekehrte Verhältnis angebracht.

Der BDZ Bundesvorsitzende Dieter Dewes sagte: „Die Herangehensweise an das Problem der Schwarzarbeit ist noch zu oberflächlich. Es hilft wenig, möglichst viele Kontrollen zur Einhaltung des Mindestlohns vorzuweisen, wenn dabei nicht entschieden gegen die mafiösen Strukturen im Hintergrund vorgegangen wird. Für die Strippenzieher bleibt das Organisieren illegaler Beschäftigung weiterhin ein lukratives Geschäft. Deswegen muss die FKS mehr Befugnisse erhalten und beispielsweise digital auf die Daten von Steuer- und Sozialbehörden zugreifen können. Außerdem müssen die Stellen in der FKS höherwertiger definiert sein. Die Steuerfahndung in vielen Bundesländern wäre hier ein Vorbild.“

Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) Scharfe Kritik am Tarifabschluss bei der Deutschen Post

„Die erzielte Tarifeinigung bei der Deutschen Post ist ein fauler Kompromiss zulasten der Beschäftigten“, sagte die DPVKOM Bundesvorsitzende Christina Dahlhaus am 15. März 2023.

So müssten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch länger auf eine Erhöhung ihrer Tabellenentgelte warten. Dass die Deutsche Post nicht bereit gewesen sei, das monatliche Einkommen sofort zu erhöhen, sondern eine 15-monatige Nullrunde ohne größere Widerstände der Mehrheitsgewerkschaft durchsetzen konnte, sei angesichts des Rekordgewinns von 8,4 Milliarden Euro beschämend und respektlos. Außerdem sei die Laufzeit des Tarifvertrages bis Ende 2024 viel zu lang.

Zwar würden die Beschäftigten im Zeitraum April 2023 bis März 2024 eine steuer- und sozialabgabenfreie Inflationsausgleichsprämie in Höhe von insgesamt 3.000 Euro erhalten, womit – neben der sofortigen Zahlung des Weihnachtsgeldes und der Weitergewährung der Postzulage an Beamtinnen und Beamte – eine wesentliche Forderung der DPVKOM erfüllt

worden sei. „Eine Nullrunde bei den Monatsentgelten bis zum 1. April 2024 können wir jedoch nicht akzeptieren“, so Dahlhaus. „Die Beschäftigten brauchen jetzt eine deutliche Erhöhung ihrer Tabellenentgelte, die sich unter anderem auch positiv bei der Rente auswirkt.“

Aufgrund des seit 2015 in Deutschland geltenden Tarifeinheitgesetzes, wonach in einem Unternehmen der mit der mitgliederstärksten Gewerkschaft abgeschlossene Tarifvertrag gilt, wird die DPVKOM auf weitere Warnstreiks zur Durchsetzung ihrer anderen Tarifforderungen verzichten. Dahlhaus hierzu: „Zahlreiche DPVKOM-Mitglieder haben in den zurückliegenden Wochen und Monaten die Arbeit niedergelegt und unsere berechtigten Forderungen unterstützt, wofür wir uns ganz herzlich bedanken. Auch sie müssen nun leider mit dieser Tarifvereinbarung leben, die vom gewerkschaftlichen Mitbewerber ausgehandelt wurde.“

Namen und Nachrichten

Klinik-Pflegekräfte sind inzwischen so heiß begehrt, dass Headhunter direkt auf den Stationen anrufen und angebliche Traumjobs anbieten, berichtet André Volmer im neuen **dbb** Podcast. „Der Personalmangel ist eindeutig unser Hauptproblem“, so der 59-jährige Krankenpfleger aus Velbert im Bergischen Land in der März-Ausgabe von „DienstTag“: „Selbst bei ausreichender Sachausstattung, wenn nicht genug Ärzte und Pflegekräfte für die Betreuung der Patienten verfügbar sind, müssen in manchen Kliniken Stationen zusammengelegt, Betten abgebaut und Leistungen zurückgefahren werden. Das ist Krankenhausalltag.“ Seit verganginem Jahr ist André Volmer als Betriebsratsvorsitzender für die Sorgen und Nöte von über 1.100 Beschäftigten in seinem Krankenhaus zuständig. „Vor allem ältere Kolleginnen und Kollegen sind den Belastungen im Beruf immer öfter nicht mehr gewachsen. Früher gab es dann auf Station noch Möglichkeiten, vorübergehend ‚Nischen-Tätigkeiten‘ zu finden, um akute Überlastungen abzufangen. Das ist

heute ausgeschlossen“, beklagt der Betriebsrat. Vor allem in den Corona-Jahren sei der Druck extrem gewesen: „Und dann kommt die Erschöpfung! Da waren Kolleginnen und Kollegen bei mir, die einfach sagten: ‚Ich kann nicht mehr. Ich muss mir was anderes suchen‘. Da braucht es dann vor allem erstmal viel Geduld und Einfühlungsvermögen.“ André Volmer hat seine Berufswahl dennoch nie bereut. Als Krankenpfleger könne man Menschen jeden Tag direkt helfen und bekomme viel Respekt und Dankbarkeit zurück, und auch in Sachen Bezahlung hätten die Gewerkschaften in den letzten Jahren Einiges erreicht: „Da stehen wir jetzt deutlich besser da.“ Den **dbb** Podcast gibt es auf vielen [Plattformen](#).

Arbeitgebende, NahVG und **dbb** haben die Eigenständigkeit der Verhandlungen gegenüber den Verhandlungen zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) betont. Zwar wurde das Angebot von Bund und Kommunen in der zweiten Verhandlungsrunde zum TVöD Ende Februar in Potsdam von der Arbeitgeberseite

bei den TV-N Bayern-Verhandlungen am 10. März 2023 kurz angeschnitten. Schnell einigten sich die Tarifvertragsparteien jedoch darauf, dass dieses Angebot nicht zu den strukturellen Bedürfnissen im Freistaat passt. Der neue Weg der Abkehr vom TVöD wurde skizziert und positiv zur Kenntnis genommen. Die Verhandlungsatmosphäre gestaltete sich konstruktiv, „nur fehlt bedauerlicherweise bisher ein Angebot der Arbeitgebenden“, hieß es kritisch von NahVG und dbb. Der dritte und finale Verhandlungstermin ist für den 30. März 2023 in Nürnberg terminiert. Bis dahin wollen sich die Arbeitgebenden mit den Themen Laufzeit

und der Höhe der tabellenwirksamen Entgeltsteigerungen befassen.

Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger nach Landesrecht sollen in Thüringen nunmehr auch die „Energiepreispauschale“ in Höhe von 300 Euro erhalten. So sieht es der Gesetzentwurf vor, der im Dezember in den Landtag eingebracht wurde und zwischenzeitlich in den Haushalts- und Finanzausschuss (HuFa) überwiesen wurde (dbb aktuell berichtete). Der Landtag hat nun eine Anhörung zum Gesetzentwurf beschlossen, wie der **tbb** am 14. März 2023 mitteilte.

Termine:

28. - 30. März 2023

3. Runde Tarifverhandlungen Bund und Kommunen

Weitere Informationen unter www.dbb.de/einkommensrunde

19. April 2023

Europäischer Abend:

„Fachkräftemangel in Europa. Wie gelingt die EU-Migrationspolitik“

Weitere Informationen unter dbb.de.

20. April 2023

dbb Forum ÖFFENTLICHER DIENST digital: „Tätowiert... war`s das mit der Verbeamtung?“

Weitere Informationen folgen.

24. - 25. April 2023

5. dbb forum Inklusion und Teilhabe

Weitere Informationen unter dbb.de.

14. Juni 2023

17. Frauenpolitische Fachtagung

Weitere Informationen folgen.

18.- 19. September 2023

14. Forum Personalvertretungsrecht

Weitere Informationen folgen.